



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Der Bundesrat

Vorschau auf die 78. Tagung der UNO- Generalversammlung

Bericht des Bundesrats zuhanden der
Aussenpolitischen Kommissionen

vom 21. Juni 2023

Vorschau auf die 78. Tagung der UNO-Generalversammlung

Die Generalversammlung (GV) ist das einzige Organ der UNO, in dem alle 193 Mitgliedstaaten vertreten sind. Gemäss der UNO-Charta erörtert sie sämtliche Fragen und Angelegenheiten, die in einen der Tätigkeitsbereiche der UNO fallen. Mit seinen sechs Hauptausschüssen befasst sich die GV somit mit einer grossen Bandbreite an Themen, von nachhaltiger Entwicklung über Menschenrechte bis Abrüstungsfragen.

Die kommende 78. Session der UNO-GV wird von September 2023 bis September 2024 dauern. Es ist zu erwarten, dass sie neben aktuellen bewaffneten Konflikten und humanitären Krisen (u.a. Ukraine) und anderen laufenden Entwicklungen (u.a. Klimawandel) insbesondere von zahlreichen Gipfeltreffen und den Vorbereitungen auf den von UNO-Generalsekretär António Guterres angestossenen UNO-Zukunftsgipfel geprägt sein wird. Dieser für September 2024 geplante Gipfel wird unter dem Motto «Multilaterale Lösungen für eine bessere Zukunft» stehen und soll die vom Generalsekretär in der *Our Common Agenda* beschriebene Vision für einen vernetzten und effizienten Multilateralismus in einem «Zukunftspakt» konkretisieren.

Vorschau auf ausgewählte Themenbereiche

Aus Sicht der Schweiz stechen insbesondere die folgenden vier in der 78. GV-Session behandelten Themenbereiche hervor.

Finanzen und Steuern

Der UNO-Generalsekretär hat angekündigt, im Rahmen des Zukunftsgipfels Vorschläge zu Reformen der internationalen Finanzarchitektur, einschliesslich Fragen im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung und neuen Indikatoren zur Messung von Wohlstand jenseits des BIP, vorzulegen. Dabei gilt es für die Schweiz auch mit konkreten Vorschlägen sicherzustellen, dass bestehende Strukturen und Diskussionen innerhalb der internationalen Finanzinstitutionen nicht dupliziert werden.

Auch Diskussionen zur internationalen Zusammenarbeit im Steuerbereich werden auf Initiative von Entwicklungs- und Schwellenländern vermehrt in der UNO-GV geführt. In der 78. Session werden voraussichtlich Optionen für ein multilaterales Rahmenwerk in diesem Bereich thematisiert. Aus Sicht der Schweiz gilt es auch hier zu vermeiden, dass dieser Prozess zu Doppelspurigkeiten mit bestehenden Foren und Mechanismen (z.B. der OECD) führt.

Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung

Die Umsetzung der Agenda 2030 wird in der 78. GV-Session eine sehr hohe Priorität geniessen. Dies einerseits in der Umsetzung der *Our Common Agenda*, aber insbesondere auch in der Form des *SDG Summit*. Dieses Gipfeltreffen findet im September erst zum zweiten Mal seit der Verabschiedung der Nachhaltigkeitsziele statt und bietet den Rahmen für eine Bestandsaufnahme an der Halbzeit ihrer Geltungsdauer. Diese Halbzeitbilanz soll klar benennen, in welchen Bereichen vermehrte Anstrengungen zur Erreichung der Ziele der Agenda 2030 nötig sind und wie diese angegangen werden. Auch soll thematisiert werden, wie der Umsetzung der Agenda neuen Schwung verliehen werden kann, u.a. durch die verbesserte Zusammenarbeit mit dem Privatsektor.

Daneben wird sich die GV unter anderem auch anlässlich eines hochrangigen Dialogs zur Entwicklungsfinanzierung, des *Climate Ambition Summit*, sowie an hochrangigen Treffen zur Pandemieprävention und -bekämpfung und zu anderen Gesundheitsthemen mit Fragen der nachhaltigen Entwicklung beschäftigen. Dabei soll der Stärkung einer effizienten globalen Gesundheitsgouvernanz mit Genf als Sitz der WHO eine zentrale Rolle zukommen.

Völkerrecht

Nicht zuletzt seit der groben Verletzung der UNO-Charta durch den russischen Angriff auf die Ukraine ist klar, dass das Völkerrecht weltweit zunehmend unter Druck steht. Dies gilt auch für die Menschenrechte, deren Universalität nicht nur in der UNO-GV vermehrt infrage gestellt wird. Vor diesem Hintergrund dürften völkerrechtliche Fragen in einer Vielzahl von Prozessen der 78. UNO-GV thematisiert werden. Beispielsweise ist zu erwarten, dass im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine Massnahmen gegen die Straflosigkeit und zur Stärkung der internationalen Justizorgane diskutiert werden. Zudem dürften in den Verhandlungen zum neuen Globalen Digitalpakt Fragen zur Anwendung des Völkerrechts, insbesondere der Menschenrechte, im digitalen Raum aufkommen. Die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht werden auch zu den 75. Jahrestagen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Genfer Abkommen vermehrte Aufmerksamkeit geniessen.

Für die Schweiz als international vernetzte und exportorientierte Nation steht das Völkerrecht im Zentrum ihrer internationalen Beziehungen, da es mit seinen für alle Staaten verbindlichen Regeln einen sicheren Rechtsrahmen schafft und verhindert, dass das «Recht des Stärkeren» gilt.

Reformen der UNO

Vor dem Hintergrund isolationistischer Tendenzen und Verschiebungen im geopolitischen Gefüge ist die Rolle der UNO als Akteurin für den Frieden wichtiger denn je. Die Organisation muss aber den aktuellen und künftigen Herausforderungen und Krisen gewachsen sein, was mit Reformen einhergeht. Dafür müssen ihre Strukturen und Prozesse regelmässig angepasst werden. In der 78. Session stehen neben der konsequenten Umsetzung der in den letzten Jahren verabschiedeten Reformschritte insbesondere die vom Generalsekretär im Hinblick auf den Zukunftsgipfel erwarteten konkreten Vorschläge für eine «UNO 2.0» im Fokus.

Aus Sicht der Schweiz - als konstruktive Fürsprecherin von Reformen und als Gaststaat - sind insbesondere Anstrengungen für eine bessere und sichere Nutzung und Erhebung von Daten, strategischen Prognosen und digitalen Instrumenten durch die UNO zu begrüssen. Dabei muss auch der Einbezug relevanter Anspruchsgruppen in UNO-Prozesse bewahrt werden. Der Prozess zur Reform des Sicherheitsrats dürfte hohe Aufmerksamkeit geniessen, wobei der nötige Konsens weiterhin schwierig erscheint.

Rolle der Schweiz

Entlang ihres Anspruchs, den Multilateralismus aktiv mitzugestalten und eine kohärente Aussenpolitik zu verfolgen, wird sich die Schweiz in der UNO-GV und an den verschiedenen UNO-Standorten in die laufenden und künftigen UNO-Prozesse einbringen. Damit übernimmt sie Verantwortung und zeigt sich gegenüber anderen Staaten als verlässliche Partnerin. Die Schweiz deckt dabei ein breites Themenspektrum ab (z.B. Frieden und Sicherheit, Humanitäre Hilfe, Menschenrechte, Nachhaltigkeit, Umwelt und UNO-Reformen) und sorgt für die Unterstützung des internationalen Genf. Als Grundlage dienen die Aussenpolitische Strategie, die Strategie zur Aussenwirtschaftspolitik, der sicherheitspolitische Bericht 2021, die Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024, die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030, sowie alle anderen geographischen und thematischen Strategien des Bundesrates.